



**Antwort  
des Stadtrates an  
den Gemeinderat**

186519 / 631.00

---

**Interpellation      Giancarlo Weingart und Mitunterzeichnende**

betreffend

## **Stockende Infrastrukturprojekte - Auswirkungen auf das lokale Gewerbe**

### **1. Ausgangslage**

Einleitend ist seitens des Stadtrates festzuhalten, dass die genehmigten Budgetkredite die Grundlage und den Rahmen für die Zahlung bilden. Mit der in Art. 18 Abs. 2 Finanzhaushaltsgesetz (FHG; BR 710.100) festgehaltenen Kompetenz der Exekutive zur Verwendung der beschlossenen Budgetkredite ist das Recht (jedoch nicht die Pflicht) verbunden, Ausgaben bis zur vorgegebenen Höhe für den im Budget bezeichneten Zweck zu tätigen und die Jahresrechnung entsprechen zu belasten. Die Exekutive entscheidet über die Beanspruchung der beschlossenen Budgetkredite. Mit der Budgetgenehmigung und im Speziellen in der Investitionsrechnung werden die finanziellen Mittel gesprochen (Plafonds), es werden jedoch noch nicht die einzelnen Projekte inhaltlich beschlossen. Hier liegt die Verantwortung bei den Departementen zu entscheiden, wie sie den Stadtrat im Prozess der Projektausarbeitung frühzeitig abholen, damit ausgearbeitete Projekte nicht zurückgewiesen werden.



## 2. Beantwortung der Fragen

### 2.1 Was sind die Gründe für die Verzögerungen bei den betroffenen Infrastrukturprojekten, obwohl bereits Offertöffnungen stattgefunden haben und die Projekte im Budget 2025 vorgesehen sind und durch den Gemeinderat bewilligt wurden?

Die Verzögerungen betreffen vor allem Infrastrukturprojekte im Bereich Tiefbau und haben sehr unterschiedliche Gründe. Zusammengefasst lassen sich folgende der Fälle unterscheiden:

- Es gibt Projekte, die beschlossen und budgetiert sind, bei denen aber Schwierigkeiten in der Umsetzung bestehen. Ein Beispiel dafür ist die Velowegverbindung von der Pardislabrücke in die Scalettastrasse. Deren Wichtigkeit ist unbestritten, allerdings müssen zuerst die Verhandlungen mit dem betroffenen Grundeigentümer abgeschlossen werden. Derartige Verzögerungen lassen sich nicht vollumfänglich vorhersehen.
- Es gibt Projekte, die verwaltungsintern in der Legislaturperiode 2021 – 2024 erarbeitet, budgetiert und submittiert wurden, jedoch vom neu gewählten Departementsvorsteher mit seiner politischen Gewichtung nochmals angeschaut werden. Ein Beispiel dafür ist der Umbau des Knotens Giacomettistrasse - Ringstrasse. In diesem Fall werden aktuell Alternativen geprüft und einander gegenübergestellt. Dies führt einerseits zu Verzögerungen in der Umsetzung, ist aber bei einem Legislaturwechsel unumgänglich und trägt andererseits zur Projektverbesserung bei.
- Es gibt Projekte, die verwaltungsintern erarbeitet und budgetiert wurden, vom Stadtrat jedoch noch nicht beschlossen sind. Ein Beispiel dafür ist die Aufwertung der Plessurmündung in den Rhein. In diesem Fall bestehen Abhängigkeiten zu anderen Projekten wie der geplanten Aubrücke, des Generellen Erschliessungsplans (GEP) und der zu erarbeitenden Mobilitätsstrategie 2045 (MSC 2045). Diese müssen zuerst vollständig bereinigt werden. Die Bereinigung dieser Schnittstellen wurde nach dem Legislaturwechsel unmittelbar neu aufgegleist.

### 2.2 Welche Massnahmen sind zur Vermeidung von Mehrkosten getroffen worden?

Diese Frage stellt sich insbesondere bei Projekten, die bereits submittiert wurden. Zur Vermeidung von Mehrkosten durch die Verzögerungen in diesen Fällen wurden bislang keine spezifischen Massnahmen getroffen. Die Stadt hält bei den Ausschreibungen an der Festpreisbindung fest und entschädigt ausschliesslich ausserordentliche Materialpreisänderungen von mehr als 10 %, basierend auf dem Mengennachweisverfahren nach



SIA 124. Lohn-, Transport- sowie Fremdleistungskosten sind davon ausdrücklich ausgeschlossen.

Wenn die Materialpreisänderung den Schwellenwert von 10 % übersteigt, trägt die Stadt die entsprechenden Mehrkosten. Dieses Risiko erhöht sich insbesondere bei ausgeschriebenen Bauprojekten, die über längere Zeiträume nicht umgesetzt werden können, da sich in solchen Fällen die Wahrscheinlichkeit von markanten Preisentwicklungen deutlich verstärkt.

### **2.3 Sind durch die verzögerten Umsetzungen bereits Mehrkosten entstanden?**

Infolge der Verzögerungen sind bereits Mehrkosten entstanden. Insbesondere bei den externen Fachplanern und Spezialisten führten die aufgebrachten politischen Fragestellungen und die damit verbundenen zusätzlichen Abklärungen zu einem höheren Aufwand und damit zu Mehrausgaben. Hier gilt es aber zu erwähnen, dass Projektanpassungen oder Projektoptimierungen letztendlich auch die Gesamtbaukosten reduzieren können.

In manchen Fällen kann auch ein begründeter und wohlüberlegter Projektabbruch wie zum Beispiel beim Projekt "Verbesserung Verkehrssicherheit Arcas / Jochstrasse)" aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen, Zielüberschreitungen, unververtretbaren Gesamtbaukosten (Kosten-Nutzen-Verhältnis) oder Risiken sinnvoll sein und letztendlich Einsparungen bringen. Daraus müssen jedoch für zukünftige Projekte die entsprechenden Schlüsse gezogen werden.

### **2.4 Wie wird sichergestellt, dass zukünftige Infrastrukturprojekte nach erfolgter Ausschreibung zeitnah umgesetzt werden?**

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass Projektverzögerungen immer ärgerlich sind für die betroffenen Dienststellen und Partner. Um künftig eine zeitnahe Umsetzung geplanter Infrastrukturprojekte sicherzustellen, werden verschiedene Massnahmen getroffen:

- Um Kehrtwenden in einem weit fortgeschrittenen Planungsstand zu vermeiden, ist es wichtig, dass Departementsvorstehende und Stadtrat rechtzeitig und vor der Detailprojektierung und Submission von Infrastrukturprojekten einbezogen werden. Dazu wird derzeit ein neuer Projektprozess als Workflow zwischen den betroffenen Dienststellen und den politischen Instanzen erarbeitet. Zusammengefasst wird künftig folgender Ablauf angestrebt: "Idee (DepV/DSL), Entwurf (DSL), Planung (DSL), Ausarbeitung (DepV/DSL) und Beschluss (SR)" eingeführt.



- Zudem wird im Rahmen des Budgetprozesses künftig noch besser darauf geachtet, dass die aufgenommenen Projekte kurz besprochen werden und damit die nötige Abstützung im Grundsatz geniessen.

**2.5 Welche Massnahmen sind geplant, um die Planungssicherheit für das lokale Gewerbe (Bauunternehmen, Planungsbüros etc.) zu verbessern?**

Siehe dazu die Antwort auf Frage 2.4. Dank verbesserter Prozessabläufe sollte in Zukunft nur noch submittiert werden, was mit grosser Wahrscheinlichkeit auch umgesetzt werden kann. Politische Entscheide aufgrund finanzieller Einschränkungen oder sich ändernder Rahmenbedingungen können allerdings nie vollständig ausgeschlossen werden.

**2.6 Wie ist die Kommunikation mit den betroffenen Unternehmen in solchen Fällen, um Transparenz und Vertrauen zu gewährleisten, sichergestellt und erfolgt?**

Die Dienststellenleitung und die zuständigen Projektleitenden informieren die betroffenen Unternehmen wo nötig zeitnah über auftretende Verzögerungen. Dadurch wird eine transparente und gezielte Kommunikation gewährleistet, die dazu beiträgt, Vertrauen zwischen der Verwaltung und den Unternehmen aufrechtzuerhalten. Damit kann zumindest ein zeitnaher Start der Bauvorhaben sichergestellt werden, sobald der entsprechende Beschluss vorliegt.

Chur, 26. August 2025

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber

  
Hans Martin Meuli

  
Marco Michel

## Interpellation

### Stockende Infrastrukturprojekte – Auswirkungen auf das lokale Gewerbe

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

sehr geehrte Herren des Stadtrats

Mehrere im Budget 2025 enthaltene Infrastrukturprojekte wurden beschlossen, projektiert und öffentlich ausgeschrieben. In verschiedenen Fällen haben bereits Offertöffnungen stattgefunden. Dennoch kommt es bei mehreren dieser Projekte zu Verzögerungen in der Umsetzung.

Dieses Vorgehen wirft insbesondere aus Sicht des lokalen Gewerbes – namentlich der Bauwirtschaft und der Planungsbüros – Fragen auf. In der Regel werden Personalressourcen und Kapazitäten auf Basis der Offertöffnungen geplant, zumal die Projekte im Budget 2025 enthalten sind und somit mit dem Stadtrat 2024 an den Budgetbesprechungen besprochen wurden.

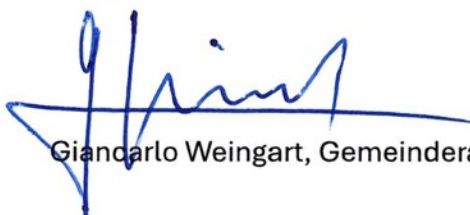
Verzögerungen führen zu Unsicherheiten in der Planung und können wirtschaftliche Nachteile für die betroffenen Unternehmen mit sich bringen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:


1. Was sind die Gründe für die Verzögerung bei den betroffenen Infrastrukturprojekten, obwohl bereits Offertöffnungen stattgefunden haben und die Projekte im Budget 2025 vorgesehen sind und durch den Gemeinderat bewilligt wurden?
2. Welche Massnahmen sind zur Vermeidung von Mehrkosten getroffen worden?
3. Sind durch die verzögerten Umsetzungen bereits Mehrkosten entstanden?
4. Wie wird sichergestellt, dass zukünftige Infrastrukturprojekte nach erfolgter Ausschreibung zeitnah umgesetzt werden?
5. Welche Massnahmen sind geplant, um die Planungssicherheit für das lokale Gewerbe (Bauunternehmen, Planungsbüros etc.) zu verbessern?
6. Wie ist die Kommunikation mit den betroffenen Unternehmen in solchen Fällen, um Transparenz und Vertrauen zu gewährleisten, sichergestellt und erfolgt?

Ich danke dem Stadtrat im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen und für die Bemühungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe.

Chur, 05.06.2025



Giancarlo Weingart, Gemeinderat, Erstunterzeichner



Sandy Zraggen, Gemeinderätin



Rainer Good, Gemeinderat



Daniel Lüscher, Gemeinderat



**Stadt Chur**

Eingereicht anlässlich der  
Gemeinderatssitzung vom 19.06.2025



Marco Michel, Stadtschreiber



## Gemeinderat

### Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Art des Vorstosses (gem. Art. 56 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat)

Auftrag

Interpellation

Eingereicht von

Ratsmitglied

Kommission

Titel Städtische Infrastrukturprojekte

Erstunterzeichnende/r	Name (A-Z)	Partei	Eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Adank-Arioli Sandra	SVP		
<input type="checkbox"/>	Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
<input type="checkbox"/>	Cabalzar Corina	SP		
<input type="checkbox"/>	Canigemi Vincenzo <i>Hdn im Kvit</i>	SP		
<input type="checkbox"/>	Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
<input type="checkbox"/>	Casale Giulia	SP		
<input type="checkbox"/>	Curschellas Silvio	Die Mitte		
<input type="checkbox"/>	Danuser Géraldine	GLP	<i>G.D.</i>	
<input type="checkbox"/>	Good Rainer	FDP		
<input type="checkbox"/>	Hegner Walter	SVP		
<input type="checkbox"/>	Kamber Peter	SVP		
<input type="checkbox"/>	Liesch Leonie	Die Mitte		
<input type="checkbox"/>	Lütscher Daniel	FDP		
<input type="checkbox"/>	Meyer Johannes	GLP	<i>St.</i>	
<input type="checkbox"/>	Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
<input type="checkbox"/>	Salis Johann Ulrich	SVP		
<input type="checkbox"/>	Schneider Tino	Die Mitte		
<input type="checkbox"/>	Schnoz Andi	Freie Liste & Grüne		
<input type="checkbox"/>	Trost Kiran	SP		
<input checked="" type="checkbox"/>	Weingart Giancarlo	FDP		
<input type="checkbox"/>	Z'Graggen Sandy	FDP		
<input type="checkbox"/>	<i>Rimmi Barbara</i>	<i>SP</i>		
<input type="checkbox"/>				
<input type="checkbox"/>				

Datum: \_\_\_\_\_